

Land-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Land-Zeitung“ erscheint an jedem Montag und Mittwoch. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 3.00 Reichsmark. Der vierteljährliche Preis 7.50 Reichsmark, der halbjährliche 14.00 Reichsmark, der jährliche 27.00 Reichsmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Postgebühren werden nach dem Tarif für Zeitungsblätter berechnet. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Postgebühren werden nach dem Tarif für Zeitungsblätter berechnet. Die Postgebühren sind im Preis inbegriffen. Die Postgebühren werden nach dem Tarif für Zeitungsblätter berechnet.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.
Die jetzt dem Reichstag zugangenen und vom Reichstag schon angenommenen Vorlage zur Frage der Festsitzungsänderung umfasst 28 Paragraphen und lehnt sich an den letzten Kompromissentwurf der Regierungsparteien an, über den im Reichstagsklub des Reichstags keine Einigung erzielt werden konnte.

Am kommenden Montag, 7. Juni, tritt in Berlin der Ausschuss für Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft zusammen. Damit beginnt die durch das Gesetz vom 15. April vorgesehene deutsche Wirtschaftsausschüsse, die auch für eine Revision des Damesplanes von Bedeutung sein kann.

Die in Vorbereitung befindliche neue Zollvorlage, auf die Minister Haslender in seiner letzten Rede bereits hingewiesen hat, wird noch in der ersten Hälfte des Juni das Reichstagskabinett beschäftigen. Die bisherigen Fälle laufen am 31. Juli ab. Wie an der Berliner Börse verläuft, wird die Erhöhung des neuen Zollsollens nicht über 7 bis 10 Mark pro Doppelzentner hinausgehen, während der bisherige Zoll 3 Mark beträgt. Mit der Frage eines Einfuhrmonopols für Getreide im Falle der Abschaffung der Getreidezölle durch den Reichstag hat sich das Reichstagskabinett bisher nur informatorisch befaßt.

Der zu einer besseren Fühlungnahme der Reichsbahn mit dem Reichstag und der Reichsregierung in Aussicht genommene interparlamentarische Ausschuss des Reichstags ist nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ nunmehr gebildet worden. Er wird sofort nach dem Schluß der Pfingstferien des Reichstags zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Reichsverkehrsminister.

Die Beamtenverbände haben eine neue Besprechung beim Reichsfinanzminister nachgeschickt, um eine der Lenkung angemessene Gehaltsaufbesserung zu beantragen. Im letzten Vierteljahr haben allein in Großberlin 32 Beamte wegen wirtschaftlicher Not Selbstmord begangen.

Auf der siebenden Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht in Wiesbaden wurde u. a. eine von Prof. Dr. Reichsmann, dem Rektor unserer Universität, eingebrachte Entschließung von allgemeiner Bedeutung angenommen.

In der Frage der seit anderthalb Jahren inwärtigen Verhandlungen mit der Tischgesellschaft über Freiheitspersonen in Samsburg und Eitelien werden Anfang Juli neue Verhandlungen zwischen Berlin und Prag beginnen. Das Reichstagskabinett hat sich erneut dafür entschieden, daß für die Freiheitspersonen territoriale Zugeländnisse nicht gemacht werden.

Die deutschen Kriegsschiffe Schleswig-Holstein und Elbich mit dem Flottenschef an Bord sind von Amerika nach Barcelona eingetroffen. Die deutsche Kolonie und spanische Kreise planen eine Reise von Helsinki, an denen auch der deutsche Botschafter teilnehmen wird.

Die Gemeindebevollmächtigten der Stadt Wien haben beschlossen, ihre vor längerer Zeit gestellten Forderungen auf Auszahlung einer Notstandsbeihilfe zu erneuern. Die Forderung soll an die Stadterhaltung in Form eines bis zum 16. Juni befristeten Ultimatums gerichtet werden. Inzwischen soll eine Urabstimmung, ob nach Ablauf des Ultimatums der Streik einsetzt, eingeleitet werden.

In der finnischen Hauptstadt Helsingfors wurden eine größere Anzahl Polzeiwachen verhaftet, die revolutionäre Propaganda in die finnische Armee einschleusen wollten. Zwei der Verhafteten sind Mitglieder der russischen Gefandtschaft.

Die Telegraphenagentur der Comjunctio meldet, die englischen Fremdenlegen über eine angebliche Ueberführung der rumänischen Grenze durch Comjunctrouppen entdecken jeder Grundlage.

In Belgien ist gestern endlich eine neue Regierung unter Jaspers zustande gekommen mit Vanderbroeck als Außenminister.

Der belgische Senat hat nach Diskussion der Regierungserklärung der Regierung einmütig bei zwei Stimmentzählungen das Vertrauen ausgesprochen.

Wer bedroht die Republik?

Stürmische Debatte im Preussischen Landtag.

Mit einer recht geräuschvollen Sitzung nahm der Preussische Landtag am Dienstag seine Beratungen nach der Pfingstpause wieder auf. Zur Beratung stand ein Ergänzungsgesetz zum Haushalt des Innenministeriums, der mehr Mittel für die Polizei anfordert und ein Defizit von etwa 16 Millionen aufweist, das jedoch bis zur Berücksichtigung des Gelanietats ausgeglichen werden soll. Der Polizeiminister Severing selbst befindet sich vorzeitig auf Urlaub.

Abg. Warda (Soz.) erklärt u. a.: Den geringsten Verdacht, die Sozialisten gewaltsam zu ändern, werde nicht nur die gesamte Arbeiter-schaft, sondern auch die große Mehrheit der Polizeibeamten zum Scheitern bringen.

Abg. Bard (Rad.) erklärt: Mit Haus-suchungen geht man gegen verdiente Männer vor und führt dabei die öffentliche Meinung irre. Daß Geld im Verzuge nicht vorgelegt hat, beweist die völlig inhaltslose Rede des Ministerpräsidenten. Wenn die Rechtsverbände sich zumischen, um sich gegen die rote Gefahr zu schützen, so sei das einfach eine Selbstverleumdung. Der Polizeihauptmann Bender ist zum Dienst suspendiert worden, weil er ausbleibt und in Zivilkleid an einer öffentlichen Versammlung teilnahm. Wenn aber der Oberleutnant Vogel im Dienst und in Uniform in einer Reichsbannerversammlung offenkundig Beifall klatscht, als Kautzer und Stresemann angegriffen werden, wird mit ihm nicht ins Gericht gegangen. So wird zweierlei Maß gemessen.

partei nicht ohne entsprechend laute Gegenüber-setzungen hinnehmen, war Abegg auf den Trümmern fast unerschütterlich. Der große Bierpächter Dr. Vork mußte andauernd die für die besonderen Verhältnisse des Landtags eingerichtete Schwere Glöckchen, aber ohne Erfolg.

Abg. Meckert (Dsp.) meint, man habe in keiner Weise aus dem, was Ministerialdirektor Abegg vorgebracht hat, ein Bild davon gewinnen können, was angeblich dem Staat drohe (großer Rausch links). Ein Vergleich mit dem kapp-pulsierten Truppe, wohl bewaffnet, in der Hand eines Führers vorhanden war. Jetzt habe der Ministerpräsident selbst zugegeben, daß an einen Rausch nicht zu denken war. Von den riefen Waffenmengen seien schließlich nur zwei Gewehre und zwei Karabiner übrig geblieben. (Der Rausch um die Rednertribüne verläßt sich so, daß die weiteren Ausführungen des Redners verloren-gingen.) Zum Schluß fordert der Redner Ver-sicherung der fortschrittlichen Mitglieder der Landtag über den Stand der Polizeiverbindungen mit der Entente.

Abg. Karc (Dem.) dankt der Polizei für ihre Haltung. Ebenso der Zentrumsretter.

Abg. Freile (Wirtsch. Vg.) erklärt die un-gläubige Befolgung der Polizeibeamten für un-fähig. Die Beamten der alten blauen Polizei wür-den leider bei Beförderungen immer übergehen. Die Landräte müßte als jüdische Organisation aufgezogen werden.

Ministerialdirektor Abegg nimmt das Wort, um in einer groß angelegten Rede die Polizeigebiet anlässlich der jüngst aufgetauchten Gerüchte über einen Rechtsputsch zu erläutern und besonders das Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen. Infolge des jüngsten hürmischen Protestes der Deutschnationalen und Sozialisten sowie sehr oft auch der Kommunisten, die die Regierungs-

Man habe jetzt beinahe den Eindruck gewonnen, daß der vierstellige „Rechtsputsch“ tatsächlich ein Regierungsgeschehnis sei. (Gehört richtig, richtig.) Das Land könne sich nicht nach solchen Putschern.

Der Polizeistatist wird hierauf dem Hauptaus-schuss übergeben. — Um 3/4 Uhr vertagt sich der Landtag auf Mittwoch.

Der Reichtum Amerikas.

Die neueste Vermögensschätzung.

Aus Washington wird gemeldet: Nach den neuesten Berechnungen beläuft sich das Vermögen der Vereinigten Staaten von Amerika auf 550 Milliarden Dollar. Dieses Vermögen wüchse erfahrungsgemäß um 50 bis 60 Milliarden Dollar im Jahr. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 115 Millionen Menschen ent-fallen somit auf den Kopf durchschnittlich 4782 Dollar oder fast genau 20 000 Goldmark.

Amerikanische Arbeiter-banken.

Die Denkweise der amerikanischen Arbeiter.

Das Geheimnis des in nordwestlichen Zahlen sich ausprägenden gewaltigen Reichtums Amerikas ist nicht der vom Ueberfluß immer wieder ange-führte Reichtum an Rohstoffen. Rohstoffe in ähnlicher Menge hat auch China und Sibirien oder Brasilien. Genau die gleichen Rohstoffe wie die heutigen Amerikaner hatten auch schon die amerikanischen Indianer. Aber sie wußten damit nichts anzufangen. Und die heutigen Bewohner Mexikos und Perus leben heute wieder in Armut und Elend, wo einst vor noch nicht 500 Jahren ihre Ahnen, die Azteken und Inkas, in unermesslichem Reichtum lebten. Die einstigen Schätze und die heutige Armut Kappuzens, Perus, Kleinasiens sind ähnliche Beispiele.

Das Geheimnis der Mächtig aller Völker ist das Denken und Schaffen des Menschen, die sie besonnen. Und auch des Geheimnis der Mächtig Amerikas ist die Denkwiese und das Schaffen der Amerikaner. Sieht man näher zu, so ist es bei den Amerikanern ein noch höherer, fruchtbarer Unternehmensgeist der Unternehmer, vor allem aber ein ganz anderes Denken der Arbeiterschaft.

Amerika hat keinen Klassenkampf. Der amerikanische Arbeiter geht nicht wie der europäische Arbeiter auf Vernichtung des Kapitalismus, auf Herauszählen der „Kapitalisten“ in die Ebene der „Gleichheit“ aus. Sein Ruf ist nicht „nieder mit dem Kapital“, sondern „hinein in das Kapital“, er will sich hinaufziehen in die Stellung und Lage des Kapitalisten. Das Aufwärtsstreben hat den Charakter: „wollens ist das Geheimnis des amerikanischen Erfolges.“

Aus diesem grundsätzlichen, dem europäischen Marxismus gerade genau entgegengesetzten Unterschied des Denkens der amerikanischen Arbeiter ergaben sich auch im einzelnen überall die denkbar größten Unterschiede im Verhalten und in der Tätigkeit der dortigen Arbeiterorganisa-tionen, die man deutscherseits eigentlich gar nicht unter dem Namen „Gewerkschaften“ bezeichnet, obgleich sie wegen der ganz anderen Grundeinstellung ganz etwas anderes sind.

Ein besonders interessantes Beispiel der Tätig-keit der dortigen „Gewerkschaften“ bildete die Gründung von Arbeiterbanken, die in Verbindung mit der enormen Verbreitung von Kleintarifen in Händen der Arbeiter — wozu ein andermal die Rede ist — eine viel größere Revolution im Be-ziehnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer be-deutet, als sie je typisch europäischen, im Grunde auch auf Europa beschränkten, und keineswegs internationalen marxistischen Theorien zu bringen könnten. Sie bedeuten einen so gewaltigen Fortschritt über den Marxismus hinaus, daß die europäischen Marxisten den amerikanischen Arbeiter geradezu vornehmen wie Leute, die noch an Zremmel- und Feuergeräten festhalten in der Zeit der Ueberlebenszeit und des Hungertums.

Im Verlauf von kaum fünf Jahren haben sich in Amerika mehr als dreißig Arbeiterbanken gegründet. Die Bewegung ist aber keinesfalls zum Stillstand gekommen, denn für das laufende Jahr wird Gründung weiterer zwölf Banken geplant.

Der Anstoß ging von der Gewerkschaft des Lokomotivführers und Heizer aus, einer Gruppe selbstorganisierter und selbstorganisierter Arbeiter. Am 15. Mai 1920 wurde die „Mount Vernon Savings Bank“, Washington, mit einem Kapital von 100 000 Dollar gegründet. Die dritte Definitiv-licht beschränkte diese Gründung nicht, wurde aber auf die einige Monate später von der gleichen Gewerkschaft in Ohio als „National Bank of Cleveland“ gegründete Bank aufgezogen. Die Bank nahm einen beispielhaften Aufschwung, und ihre finanziellen Hilfsmittel hatten sich zum Tage der Gründung, 1. November 1920, 450 000 Dollar innerhalb drei Jahren, dem 1. November

Pilsudskis Mosceci.

Mosceci zum polnischen Staatspräsidenten gewählt.

Im zweiten Wahlgang zum polnischen Staatspräsidenten erhielten Mosceci 281 Stimmen, Biniski (Rechte) 200, und Karel (Sozialist) eine Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Mosceci ist damit zum Staatspräsidenten gewählt.

Mosceci hat die Wahl zum Staatspräsidenten angenommen. Die Nationalversammlung, in der seine Vereidigung erfolgen soll, wird Freitag 12 Uhr mittags zusammenzutreten.

Janas Mosceci wurde am 1. Dezember 1867 in Wierom bei Plock in Konarog-Polen ge-boren. Er absolvierte die Mittelschule in Warschau und besuchte dann das deutsche Gymnasium geleitete Polytechnikum in Riga. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt in London siedelte er nach Freiburg in der Schweiz über, wo er längere Zeit als Assistent an der dortigen Hoch-schule tätig war. Im Jahre 1912 übernahm er den Lehrstuhl für Elektrotechnik an der Tech-nischen Hochschule in Lemberg. Nach der An-gliederung Ost-Oberösterreichs an Polen wurde er zum Leiter der Chorzow-er Eiswerkstatt ernannt.

Pilsudski hat dadurch, daß er seinen Kandidaten Mosceci als Staatsmann vorzöge, nunmehr freie Hand, die polnische Politik ohne parlamentarische Bindungen zu gestalten. Denn da es der Heer und die Masse hinter sich hat, ist in Wirklichkeit natürlich er der eigentliche Herr in Polen, mit dem besonderen Vorteil, daß er hinter der Kulisse steht und direkten Angriffen nicht aus-gesetzt ist. Bei der verzweifelten Finanz- und Wirtschaftslage des Landes wird ihm dieser tat-sächliche Vorteil allein allerdings wenig nützen. Die Katastrophengefahr droht.

Der Marschall Pilsudski hat sich am Montag rechtsdeutschen Pressevertretern gegenüber für bessere Beziehungen zwischen Polen und den bei-den deutschen Ländern eingelassen. Nicht nur wirt-schaftlich, sondern auch politisch müsse eine Ent-spannung und ein besseres Verständnis Plock großen.

Die Militärrevolution in Portugal.

Die Dispositionen haben den bestimmten Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung nur aus Mitgliedern gebildet werde, die außerhalb der politischen Parteien ständen. Der Arbeiter-verband bereitet sich darauf vor, in die Opposi-tion zu treten, falls eine Militäraktion er-zieht werden sollte. Die Truppen der Divisionen aus dem Norden und Süden unter dem Befehl des Generals Gomez, Gago marschieren auf Lissabon. Die Revolutionäre haben einen General und zwei Abgeordnete, darunter den Führer der republikanischen Aktion in der Kammer, festgenommen.

Die „Londoner Times“ melden aus Lissabon: Das Parlament ist aufgehoben. Neuwahlen finden nicht statt. Die vom Präsidenten der Repu-blik hantionierte Militärabteilung bedeutet tat-sächlich die Vernichtung des Faschismus in Por-tugal.

Der Gewerkschaftsbund hat sich grundsätzlich für den Generalstreik in ganz Portugal ausge-sprochen, um der eventuellen Bildung einer Militärabteilung vorzubeugen.

Am Anlaß der abweichenden Stellungnahme Lord Georges zum Generalstreik ist in der eng-lischen liberalen Partei durch einen Vorstoß Lord Orford gegen Lord George eine schwere Krise entstanden. Für heute hat Lord Orford einen neuen entscheidenden Angriff angekündigt, von dem man die einseitige Spaltung der Partei erwartet, da Lord George nicht nachgeben wird und großen Anhang hat.

Die Londoner Blätter melden, daß bei den englisch-italienischen Verhandlungen eine Regelung über alle wesentlichen Punkte erzielt worden sei. Diese umfasse: 1. Anerkennung der Brüsseler Abrie als Grenze zwischen der Türkei und dem Irak, 2. Abschluß eines Sicherheitsvertrages zwischen dem Irak und der Türkei, 3. Beteiligung der Türkei an den Petroleumunternehmen des Iraks bis zur Höhe von zehn vom Hundert.

Der französische Kriegsminister Painleve er-klärte im Dezeressauschuß des Senats die Ermär-tungen, die an Abd el Krims Uebergabe geknüpft waren, für verfrüht. Der Kampf sei bisher auf seinem einzigen Frontabschnitt eingestuft worden. Die Regierung sehe sich zum Zwange genötigt, einen Truppen nach Marokko zu entsenden. (1) Heute müßte man Abd el Krims Schritt in einem anderen Sinne beurteilen, als noch vor acht Tagen

